

MLPD | P. Deutsch, Walkürenring 36, 38106 Braunschweig

DGB-Region SüdOstNiedersachsen
Büro Braunschweig
Wilhelmstraße 5
38100 Braunschweig

30.04.2013

Offener Brief an DGB Braunschweig

Werte Kolleginnen und Kollegen vom DGB,

der MLPD wird auf dem diesjährigen Familienfest des DGB am 1. Mai in Braunschweig ein Stand als Partei verweigert, lediglich als Initiative „Neue Politiker“ sollen wir dort auftreten dürfen. Dagegen protestieren wir und fordern, wie alle anderen zugelassenen antifaschistischen Parteien dort auftreten zu dürfen!

Die Begründung von Hansi Volkmann/DGB dafür ist, dass die IG-Metall Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen die MLPD hat. Damit werden die (seit Jahren umstrittenen) Beschlüsse der IG-Metall unzulässig auf alle anderen DGB-Gewerkschaften übertragen, die die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen linke Organisationen entweder nie hatten oder aber inzwischen abgeschafft haben. Euch dürfte z. B. bekannt sein, dass auf der GEW-Veranstaltung „40 Jahre Radikalenerlass“ am 17. 3. 2012 die GEW den Radikalenerlass verurteilt und sich öffentlich ausdrücklich für die früher auch in der GEW angewendeten Unvereinbarkeitsbeschlüsse entschuldigt hat. Zitat aus der Resolution des Hauptvorstands der GEW vom 16.3.2012:

*„Die GEW fordert die Bundesregierung auf, die sogenannte ‚Extremismusklausel‘ unverzüglich zu streichen, Sie kritisiert, dass verantwortliche politische Kreise weiterhin den Eindruck zu vermitteln suchen, die ‚Feinde der Demokratie‘ stünden links. **Die GEW bedauert die sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse und bittet davon Betroffene um Entschuldigung.**“*

Im Nachgang wurden verschiedene früher aus der GEW ausgeschlossene Kollegen rehabilitiert. Wie verträgt sich das mit der Ablehnung eines Parteistands für die MLPD am 1. Mai?

MLPD
Member of ICOR
Kreisverband
Braunschweig/Wolfsburg

Walkürenring 36
38106 Braunschweig

TELEFON
+49(0)531 29557060

E-MAIL
pauldeutsch@arcor.de

WEB
www.mlpd.de

Paul Deutsch
Ansprechpartner

Wir haben dieses Jahr auch einen besonderen 1. Mai. Im aktuellen DGB Aufruf heißt es:

„ 2013 ist kein Jahr wie jedes andere. Am 2. Mai vor achtzig Jahren wurde die freie deutsche Gewerkschaftsbewegung durch die Nationalsozialisten zerschlagen. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wurden von den Nazis verhaftet, verschleppt, gefoltert und ermordet. Unsere Geschichte verpflichtet uns zum Handeln gegen Rassismus, Antisemitismus und Intoleranz. Der 1. Mai ist unser Fest der Solidarität und kein Ort für Nazis.“

Diese Geschichte verpflichtet auch zum Handeln gegen den Antikommunismus. Das hat in Braunschweig mit der jährlichen Rieseberg-Gedenkfeier lange Tradition, bei der ausdrücklich den von den Faschisten ermordeten KPD-Mitglieder gedacht wird. Mit dieser Gedenkfeier wird ein Zeichen gesetzt, dass auch wir Gewerkschafter in Braunschweig die unsägliche Extremismus-Theorie und die Staatsdoktrin des Antikommunismus nicht akzeptieren. Die **Lehre aus dem Hitler-Faschismus** und der verhängnisvollen Spaltung der Arbeiterbewegung vor 1933 ist, dass die Arbeiterbewegung starke **Einheitsgewerkschaften** braucht. Es ist uns deshalb völlig unverständlich, dass ihr gerade in Braunschweig diese undemokratische Praxis gegenüber der MLPD anwenden und den Stand nicht offiziell zulassen wollt. Wie passt das zur Rieseberg-Veranstaltung?

Von großen Teilen der IG-Metall-Basis werden die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen die MLPD abgelehnt. Seit Jahren werden auf den Gewerkschaftstagen der IG-Metall aus verschiedenen Orten entsprechende Anträge gestellt. 2007 lag z.B. der Antrag aus Chemnitz vor, in dem es unter anderem heißt: *„Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen Organisationen der linken Richtung sind nicht zeitgemäß und deshalb aufzuheben.“* Eine Mehrheit stimmte zu, den Antrag als *„Material an den Vorstand“* zu überweisen. Entgegen diesem klaren Auftrag des Gewerkschaftstags hat der IG-Metall-Vorstand später beschlossen, *„den Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber der MLPD aufrechtzuerhalten und die MLPD weiterhin als gegnerische Organisation einzustufen“*. Damit setzt sich der IG-Metall-Vorstand offen über die Delegierten des 21. Gewerkschaftstags hinweg.

2011 wiederholte sich dies in ähnlicher Weise. Als Begründung für

die Aufrechterhaltung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen die MLPD berief sich der IG-Metall-Vorstand, allen voran Bertold Huber, ausgerechnet auf den Verfassungsschutzbericht und die Aussagen ultrareaktionärer und faschistoider "Wissenschaftler". Das ist nicht erst seit der Aufdeckung der Verstrickung von Teilen des Verfassungsschutzes in die NSU-Morde eine für eine Gewerkschaft unwürdige Methode. Inzwischen wird die Forderung nach Auflösung dieses Inlands-Geheimdienstes immer lauter und seine Glaubwürdigkeit geht gegen null. Gegen die auf den Verfassungsschutz gestützte Kampagne der Bundesregierung gegen den „Linksextremismus“, die maßgeblich von Familienministerin Kristina Schröder ausgeht, gibt es wachsenden Protest und entstand eine Anti-Antikommunismus-Bewegung in Deutschland.

Die MLPD hat vor kurzem vor Gericht einen Teilerfolg gegen die beiden Verfassungsschutzleute Rudolf von Hüllen und Harald Bergsdorf erreicht, die in ihrem Buch *„Linksextremismus – Deutschlands unterschätzte Gefahr?“* eine unerträgliche Hetze gegen die MLPD und andere linke Parteien und Organisation verbreiteten. Gegen Androhung von 250.000 Euro Strafe wurde ihnen untersagt zu behaupten, es gäbe einen „massiven, an die Vorbilder Stalin und Mao gemahnenden Personenkult“ um den Parteivorsitzenden Stefan Engel und „ständige Säuberungen“ in der MLPD. Leider wurden andere Passagen vom Gericht nicht als Tatsachenbehauptung sondern als „Meinung“ gewertet und deshalb nicht untersagt. Das Gericht hat aber festgestellt, dass die Verfasser auch in den anderen Punkten keinerlei Beweise vorlegen konnten. Es hat insbesondere die Verfassungsschutzberichte nicht als Beweis anerkannt! Das war eine richtige Schlappe für die Schlapphüte! Das Buch wurde sofort nach dem Prozess vom Markt genommen!

Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber der MLPD und ihre Anwendung widersprechen nicht nur dem Grundgedanken der Einheitsgewerkschaft, sondern auch den heute europaweit gesetzlich verankerten bürgerlich-demokratischen Rechten. Die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft ist ein grundlegendes Koalitionsrecht, das unabhängig von der Parteizugehörigkeit und der Weltanschauung auf antifaschistischer Grundlage jeder Arbeiterin und jedem Arbeiter zusteht.

Für uns ist es als aktive Gewerkschafter/innen selbstverständlich, in den Gewerkschaften mit tausenden von Kolleginnen und Kollegen gleichberechtigt zusammenzuarbeiten und am 1.Mai gemeinsam aufzutreten. Die MLPD setzt sich für starke, kämpferische Gewerkschaften ein. Wir sind aktiv gegen die Rente mit 67, gegen Hartz IV und Leiharbeit, für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, einen Mindestlohn von 10 Euro, für die Stilllegung aller Atomkraftwerke weltweit, für das Verbot aller faschistischen Parteien und vieles mehr. Und meint ihr nicht auch, es ist an der Zeit, über den Kapitalismus hinauszudenken und über Alternativen auch auf dem Mai-Fest zu diskutieren?

Wir gehen davon aus, das ihr euren Beschluss noch mal überdenkt und wir eine Antwort auf diesen Brief erhalten.

Mit kollegialen Grüßen!

Paul Deutsch